

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 12.02.2008 um 17.30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

-Fortsetzung der Stadtratssitzung vom 11.02.2008-

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm

Stadtrat Lux

Stadtrat Schardt

Stadträtin Schwab (ab 18.45 Uhr, Ziffer 2, A, k)

Stadträtin Stocker

Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Arayici (ab 18.45 Uhr, Ziffer 2, A, k)

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Stadtrat Jeschke

Stadträtin Sagol

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Lorenz

Stadtrat E. Müller

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

„parteilos“

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger
Oberamtsrat Hartner
Amtsrat Teichmann
Dipl. – Ing. Richter
Frau Heger

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Straßberger
Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister
Stadtrat May
Stadtrat Müller
2. Bürgermeisterin Gold

Stadtrat Haag
Stadtrat Popp

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Geh- und Radweg Albertshofen

A. Oberbürgermeister Moser erklärt, dass nach der Beratung in gestriger Sitzung die Verwaltung sich nochmals Gedanken machen sollte, inwieweit man zu einer Reduzierung der Kosten kommen könnte.

Dipl. – Ing. Richter geht im Folgenden ausführlich auf den Geh- und Radweg nach Albertshofen ein und stellt dar, dass die erste Kostenberechnung von Mitte 2007 auf einer Grobschätzung basiere, die anhand der Quadratmeterzahlen hochgerechnet wurde. Nach einer konkreten Prüfung des Untergrunds stellte man fest, dass dieser derart ausgebaut werden müsste, um den Anforderungen eines Geh- und Radwegs zu entsprechen, weshalb auch die Kosten erheblich gestiegen sind.

Einsparungsmöglichkeiten habe man lediglich bei der Abstufung zum Geh- und Radweg vom Wirtschaftsweg in Höhe von ca. 10.000,00 €. Weiter erklärt er, dass die Stadt Kitzingen lediglich bei einer asphaltierten Deckschicht die entsprechenden Zuschüsse erhalte. Er geht abschließend auf die Länge des Radweges ein und erklärt, dass auf städtischer Gemarkung ca. 545 m lägen, was einem Drittel der Gesamtlänge entspreche.

Die Stadträte haben im Folgenden verschiedene Fragen zum Geh- und Radweg und äußern Bedenken hinsichtlich der Kostenermittlung sowie der Kostenaufteilung zwischen der Stadt Kitzingen und der Gemeinde Albertshofen.

Aufgrund der weiteren Diskussion zur Kostenaufteilung, die nach Meinung der Stadträte unausgeglichen sei, stellt Stadtrat Weiglein den Antrag zur Geschäftsordnung, den Punkt nochmals abzusetzen und den Fraktion und Gruppen die Kostenaufstellungen zu übermitteln, wonach etwaige Unstimmigkeiten geklärt werden könnten.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu, gibt aber zu Bedenken, dass dies seiner Auffassung nach, kaum zu weiteren Erkenntnissen führen werde.

Die Ansätze im Entwurf des Investitionsprogramms bleiben unverändert.

2. Beratung des Investitionsprogramm 2008 mit Finanzplanung 2007 – 2011

A. Einzelplan 7

a) 7000.9350 – Kanalfachschale, GIS-Software

Die UsW möchte die Notwendigkeit der GIS-Software geprüft haben.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass es sich um keine Neuanschaffung in 2008 handle, sondern das Gesamtprojekt in 2008 über den Haushaltsausgabereinstellung abgewickelt werde.

Stadtrat Schmidt fragt nach, inwieweit das Programm genutzt werde, welche Mitarbeiter die Daten einpflegen und bei wie viel Prozent der Mitarbeiter das System bereits installiert sei. Nachdem es eine kostenaufwendige Anschaffung gewesen sei, sollte es auch genutzt werden.

Oberbürgermeister Moser sagt zu, dass hierzu eine Information erfolge.

b) 7000.9501 – Sanierung Zulaufkanal Pumpwerk Etwashausen

Die CSU möchte die Sanierungsmöglichkeiten des Zulaufkanals Pumpwerk Etwashausen dargestellt haben. Darüber hinaus wird nachgefragt, ob eine Verschiebung in Jahr 2009 möglich sei.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme, laut der das bereits vorgestellt Inliner-Verfahren im Gegensatz zu den weiteren geprüften Varianten die wirtschaftlichste Lösung sei und aufgrund der Schäden an den Muffen eine Verschiebung ins Jahr 2009 für nicht sinnvoll erachtet werde.

Bürgermeister Böhm stellt dar, dass man über das Nachbargrundstück weitere Alternativen hätte und somit Kosten einsparen könnte. Es wäre zwar ein Umweg, jedoch aufgrund der unbebauten Grundstücke leichter umzusetzen.

Dipl. – Ing. Richter geht im Folgenden auf die Sanierung des Zulaufkanals Etwashausen ein und stellt dar, dass eine Auswechslung aufgrund der Tiefe nicht möglich sei. Darüber hinaus sei nicht der Kanal in seiner Bausubstanz beschädigt sondern die Muffen darin seien undicht. Die weiteren vom Büro geprüften Alternativen kämen nicht billiger, so dass das Inliner-Verfahren an dieser Stelle am sinnvollsten sei. Bezüglich des Nachbargrundstücks gibt er zu Bedenken, dass dann der Kanal berauf verlegen müsse, was nicht sinnvoll wäre.

Auf weitere Nachfragen weist Oberbürgermeister Moser darauf hin, dass weitere Alternativen nochmals dargestellt werden, die Mittel jedoch unverändert eingestellt bleiben sollten.

Hiermit besteht Einverständnis.

c) 7101.9501 – Kanalerschließung Deuster-Areal

Die UsW möchte den Ansatz für die Kanalerschließung des Deuster-Areal halbiert haben.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Beschlusslage des Stadtrates (Bebauungsplan Wohnen) und erklärt, dass die Mittel vorsichtshalber eingestellt seien, damit der Stadtrat sich alle Möglichkeiten offen halten könne. Informationen darüber hinaus wären in nichtöffentlicher Sitzung zu geben.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

d) 7181.9450 – Brandschutz Kläranlage

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer, dass nach Fertigstellung und Prüfung der Brandschutznachweise die Mittel anhand einer Prioritätsliste vom Finanzplanungsrest in die jeweiligen Finanzplanungsjahre eingestellt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

e) 7181.9680 – Räumlerlaufbahnabdeckung für Vorklärbecken/Sandfang

Die CSU möchte den Ansatz für die Räumlerlaufbahnabdeckung Vorklärbekken/Sandfang in der Kläranlage erläutert haben.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme, laut der die Sanierung aufgrund der gravierenden Schäden an den Beckenkronen zwingend nötig sei.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

f) 7191.9401 – Sanierung der öffentlichen Toilettenanlage Schrankenstraße

Die CSU bittet, die öffentliche Toilettenanlage in der Schrankenstraße zu sanieren.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme des Bauamts, wonach im Jahr 2008 die nötigen Unterhaltsarbeiten durchgeführt werden und die Notwendigkeit einer Sanierung geprüft werde, wonach der Stadtrat dann eine Entscheidung treffen müsse. Dies könnte ggf. beim Zuschussantrag „Mainpartie“ aufgenommen werden.

Stadtrat Schardt fragt nach, ob man in allen öffentlichen Toilettenanlagen Bewegungs- und Dämmerungsmelder einbauen könnte, um Energiekosten zu sparen.

Oberbürgermeister Moser sagt einer Prüfung zu.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

g) 7515.9401 – Urnenkammern Friedhof Repperndorf

Die SPD bittet um Einstellung von Mitteln für Urnenkammern in Repperndorf. Der Umfang sollte in einer Bürgerversammlung abgefragt werden.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass bereits im Jahr 2002 ein solcher Antrag mangels Bedarf abgelehnt wurde. Seitens der Friedhofverwaltung habe sich am Bedarf nichts geändert. Nach einer positiven Beschlussfassung könnten ohnehin die Mittel frühestens ab 2009 eingestellt werden, da die Planung sowie Kostenermittlung erfolgen müsse. Im Übrigen steigere der Aufwand für das zusätzliche Angebot die Friedhofsgebühren.

Stadtrat Jeschke erklärt, dass in Repperndorf nicht viele Urnenkammern benötigt würden und seiner Auffassung nach 10 Kammern ausreichend seien.

Rechtsrätin Schmöger erklärt, dass in der Friedhofsverwaltung keinerlei Anfragen zu Bestattungen in Urnenkammern vorlägen und die Urnenbestattung ohnehin in offenen Gräber möglich sei. Gleichwohl sagt sie zu, den Bedarf in einer der nächsten Bürgerversammlungen abzufragen.

Hiermit besteht Einverständnis. Es werde keine Mittel in den Haushalt 2008 eingestellt.

h) 7516.3599 – Friedhof Hohenfeld – Kostenrückerersatz für Grabfundamente

Bezüglich des Friedhofes Hohenfeld stellt Stadträtin Wallrapp fest, dass in Hohenfeld neben der Bergkapelle ein Grundstück im städtischen Eigentum sei, worauf sich aufgrund der Lage eine Friedwiese errichten lasse. Sie wurde diesbezüglich bereits von Bürgern angesprochen. Nachdem nur mit geringen Kosten (siehe Neuer Fried-

hof) zu rechnen sei, sollte man ihrer Auffassung nach dies umsetzen und Mittel hierfür in den Haushalt stellen.

Rechtsrätin Schmöger erklärt, dass dies grundsätzlich möglich sei und sicherlich auch aufgrund der Lage ein schöner Ort für eine Friedwiese wäre, jedoch gibt sie zu Bedenken, dass für die kürzlich beschlossene Friedwiese im Neuen Friedhof noch keine Anfragen eingingen, weshalb sie folglich den Bedarf in Hohenfeld nicht ansehe. Sie sagt zu, dass man dies in einer der nächsten Bürgerversammlung in Hohenfeld ansprechen werde.

Stadtrat Konrad bittet diese Abfrage bzgl. der alternativen Bestattungsformen auch in allen anderen Ortsteilen abzufragen.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu. Mittel werden nicht eingestellt.

- i) 7693.9450 – Brandschutz Sickerhalle (Sickershausen)
7711.9450 – Brandschutz Städtischer Bauhof
7901.9450 – Brandschutz Fremdenverkehrsamt

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer, dass nach Erstellung der Prioritätsliste die Mittel vom Finanzplanungsrest auf die jeweiligen Haushaltsjahre vorgezogen werden können.

- j) 7911.9590 – Konversionsgutachten, Ausstellungen, BID, Umsetzung ISEK

Die CSU kann sich mit den Ansätzen der einzelnen Finanzplanungsjahre einverstanden erklären, jedoch sollte man die Arbeitskreise auflösen und einen schlank besetzten Konversionsbeirat einführen. Die freien Kapazitäten in der Verwaltung und bei den Planern könnte für die Umsetzung genutzt werden.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass die Besetzung der Arbeitsgruppen vom Stadtrat festgesetzt wurde und sie sich aus Sicht der Verwaltung auch bewährt hätten.

Stadtrat Weiglein erklärt, dass die CSU diesbezüglich in der neuen Legislaturperiode einen entsprechenden Antrag stellen werde.

Die UsW möchte hinsichtlich der Konversion eine Gesamtübersicht aller bisherigen und zu erwartenden Kosten und Auftragserteilungen

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass diese vom Bauamt vorgelegt werde.

Die FW bittet hinsichtlich ISEK Innenstadt, entsprechende Gestaltungspläne aufzuzeigen, einen Zeitplan festzulegen sowie die notwendigen Mittel einzustellen.

Stadträtin Wallrapp ergänzt, dass diesbezüglich man die Bürger informieren sollte, welche Maßnahmen angedacht seien und was hierfür zeitnah umgesetzt werde.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass nach der Beratung im Arbeitskreis Innenstadt die Steuergruppe und der Stadtrat den Beschluss diesbezüglich fassen werde, wonach hiervon auch die Öffentlichkeit Kenntnis erlangt.

Stadtrat Weiglein geht im Folgenden ausführlich auf die Aufwertung der Innenstadt ein und stellt dar, dass hier dringender Handlungsbedarf bestehe, was auch die Veranstaltung des Stadtmarketingvereins in der Alten Synagoge gezeigt habe. Er erklärt, dass man gemeinsam mit dem Stadtmarketingverein sowie den Geschäftsleuten zu einer Aufwertung der Innenstadt gelangen könnte.

Oberbürgermeister Moser gibt soweit Recht und erklärt, dass dies nur mit den Hauseigentümern umzusetzen sei.

Die Mittel bleiben unverändert.

k) 7911.9590 – Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr

Die CSU erinnert an den Antrag aus dem Jahr 2007, entlang der B 8 Fahnenmasten als Werbeträger zu installieren.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung und erklärt, dass das Bauamt ein Konzept zur Stadtmöblierung vorlegen werde, worin auch die Fahnenmasten enthalten sein sollten. Mit diesem Gesamtkonzept versuche man Zuschüsse aus Stadtumbau-West zu erhalten.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

l) 7911.9590 – Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr

Die CSU möchte eine Soforthilfe für in die Innenstadt für die Neugestaltung der Schaufenster, der Warenstände sowie der Eingangsbereiche der Ladengeschäfte

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass man versuchen sollte über ein Gesamtkonzept Innenstadt zu Mittel aus Stadtumbau-West zu kommen. Der Arbeitskreis Innenstadt sollte eruieren, welche Bereiche hierbei enthalten sein sollten.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass hierfür keine zusätzlichen Mittel eingestellt werden müssen, nachdem der Haushaltsansatz für 2008 240.000 € betrage.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 7 bleiben unverändert.

B. Einzelplan 8

a) 8260.9870 – Flugplatz Kitzingen

Die UsW bittet über den Stand des Genehmigungsverfahrens zu informieren sowie über die zu erwartenden Kosten zu berichten.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass hierüber in der morgigen Sitzung ein Beschlussentwurf vorgelegt werde.

Hiermit besteht Einverständnis. Die Mittel bleiben unverändert.

b) 8801.9320 – Verkauf von bebauten Grundstücken

Die KIK bittet die ehemaligen Anwesen Richard Rother am Galgenwasen sowie das ehemalige Sägewerk an der Armin-Knab-Straße zu erwerben und einer öffentlichen Nutzung zuzuführen.

Stadtrat Konrad ergänzt, dass man diese Anwesen im Rahmen von „Soziale Stadt“ einbinden könnte.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass man hierfür in 2008 keine Mittel einstellen sollte und ergänzt, dass am 18.02.2008 die konstituierende Sitzung von „Soziale Stadt“ stattfindet, wo das Verfahren erläutert werde. In diesem Zusammenhang sollte man sich Gedanken über den Erwerb der Anwesen machen.

Hiermit besteht Einverständnis. Die Ansätze bleiben unverändert.

c) 8891.9580 – Sanierung Solebrunnen Reupelshof

Die CSU erbittet einen Bericht über den Stand des Amtsermittlungsverfahrens für den aufgelassenen Solebrunnen Reupelshof.

Oberbürgermeister Moser verweist auf ein Schreiben des Wasserwirtschaftsamts, dass keine Rückstände von Benzol entdeckt wurden.

Stadtrat Weiglein fragt nach, ob der Brunnen dann wieder angeschlossen werden könne um die Kosten für einen Neubau einsparen zu können.

Dipl. – Ing. Rützel erklärt, dass der Brunnen ohnehin sanierungsbedürftig sei und ein Neubau günstiger als die Sanierung käme.

Stadträtin Wallrapp fragt nach, wann der Beschluss diesbezüglich gefasst werden und wann die Ausführung erfolge.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass der neue Brunnen noch in diesem Jahr von der Stadtbetriebe GmbH auf deren Kosten neben dem Hallenbad gebohrt werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

3. Allgemeine Anfragen zum Vermögenshaushalt 2008

A. Veräußerung von Grundstücken

Die CSU erbittet eine Berichterstattung der Vermarktung der Baugebiete im Rahmen der Haushaltsberatungen. Des Weiteren fordern sie vierteljährliche Sachstandsberichte in der Vermarktung sowie Vorschläge seitens der Verwaltung für eine zügige Vermarktung.

Die FW möchte einen Bericht hinsichtlich der Vermarktung der Baugebiete sowie eine Info, wer zukünftig die Vermarktung übernimmt.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme, laut der die zeitnahe Vermarktung der Grundstücke für den Ausgleich des Investitionsprogramms ein hohes Risiko berge. Er ergänzt, dass gemäß Stadtratssitzung vom 20.09.2007 die Vermarktung mit dem bestehenden Material in Form von Zeitungsannoncen und Radiowerbungen im Raum Würzburg, Neustadt/Aisch, Nürnberg sowie Landkreis Kitzingen erfolgen sollte.

Amtsrat Teichmann geht im Folgenden auf die Vermarktung der städtischen Grundstücke ein und stellt dar, dass man mit Mitteln in Höhe von 44.000,00 € in den letzten beiden Jahren für die Vermarktung von Baugebieten ausgegeben habe. Darüber hinaus war man bei der Expo-Real, der Consumenta sowie dem action day vertreten. Er be-

dauere, dass die Vermarktung der Baugebiete nicht derart laufe, wie man es sich auch aus Sicht der Haushaltsabteilung wünsche. Er weise jedoch von sich, dass er oder die Verwaltung sich nicht ausreichend darum gekümmert hätten. Er bittet das Gremium sich nicht in der Öffentlichkeit negativ zur Vermarktung zu äußern, denn durch einen negativen Pressebericht würden auch potentielle Interessenten informiert werden. Seiner Auffassung nach sollte man ein intensives Bewerben um die Baugebiete reduzieren.

Stadträtin Wallrapp erklärt, dass sie diese Probleme in der Vermarktung der Bauplätze nicht sehe, da die Stadt Kitzingen mit ihrem Angebot, mit der Infrastruktur sowie den weichen Standortfaktoren sehr gut aufgestellt sei. Dass der Finanz- und Immobilienmarkt derzeit rückläufig sei, habe die Stadt nicht zu verantworten.

Weiter erklärt sie, dass die Verkaufszahlen bei der 10 %igen Rabattaktion erfreulich waren, lediglich im Jahr 2007 geriet die Vermarktung ins Stocken.

Amtsrat Teichmann erklärt, dass insgesamt 19 Grundstücke verkauft und 2 vorgemerkt seien, wovon 4 Grundstücke auf das letzte Jahr (familienfreundlicher Rabatt) fallen.

Oberbürgermeister Moser sagt abschließend zu, dass über die Vermarktung der Baugebiete regelmäßig informiert werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Moser unterbricht die öffentliche Sitzung von 19.15 Uhr bis 19.25 Uhr.

B. Vermarktung von Grundstücken

Stadtrat Weiglein geht nochmals auf die Vermarktung der Baugebiete ein und erklärt, dass man im Zusammenhang mit der Veräußerung von Baugebieten (Einzelplan 8) 3,7 Mio. € eingestellt habe und es einer der wichtigsten Bereiche im Haushalt sei. Diesen Bereich müsse man beachten, weshalb auch nachfragen zum Sachstand erlaubt sein müssen. Der Rückfluss der Veräußerung von Baugebieten sei für eine Stadt eine wichtige Einnahmequelle, die anders als beispielsweise die Gewerbesteuer nicht einbrechen kann. Die Veräußerung der Grundstücke ist ein schwieriges Unterfangen, gleichwohl müsse man versuchen die Vermarktung voranzutreiben. Die Stadt Kitzingen habe die entsprechenden potentiale dazu.

C. Prioritätenliste Straßenausbau- und Sanierungsarbeiten

Die FW bittet eine Prioritätenliste hinsichtlich der Straßenausbau- und Sanierungsarbeiten mit Bauzeitenplan aufzustellen, wonach anschließend die Mittel in den Haushalt einzustellen seien.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die vorliegenden Prioritätsliste und erklärt, dass nach der Beratung und Beschlussfassung im Stadtrat die entsprechenden Mittel im Verwaltungs- bzw. Vermögenshaushalt der kommenden Jahre eingestellt werden können.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

D. Kreisverkehr Kreuzung E-Center/Aldi/Hallenbad

Die FW bittet nochmals die Errichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung E-Center/Aldi/Hallenbad zu überdenken und in diesem Zusammenhang die Fördermittel im Rahmen von Stadtumbau-West abzufragen.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme, wonach die Leistungsfähigkeit gegenwärtig als gegeben angesehen werde und nach der Fertigstellung des Tangentenrings der Kreisverkehr nochmals überprüft werde. Aus diesem Grund seien keine Mittel in den Haushalt einzustellen.

Stadträtin Wallrapp erklärt, dass durch das Hallenbad der Verkehr an dieser Kreuzung erheblich steigen werde und man nochmals mit Nachdruck versuchen sollte beim Straßenbauamt einen Kreisverkehr durchzusetzen. Ihrer Auffassung nach bestehe bei dieser gefährlichen Kreuzung vor der Fertigstellung des Tangentenrings Handlungsbedarf.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass die Verwaltung bei Gesprächen mit dem Straßenbauamt nachdrücklich versucht habe, einen Kreisverkehr in diesem Bereich umzusetzen, das Straßenbauamt jedoch diesen aus grundsätzlichen Erwägungen ablehne. Er schlägt vor, dass der für Kitzingen zuständige Gebietsreferent im Stadtrat den Standpunkt des Straßenbauamts erklären sollte.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

- E. Die FW bittet die Zufahrt von der „Alten Hohenfelder Straße“ auf die St 2271 erneut zu überprüfen.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahmen der Verwaltung, weshalb eine Zufahrt vom Straßenbauamt nicht genehmigt werden könne.

- F. Kreisverkehr Wilhelmshöhe

Die FW weist darauf hin, dass ein Kreisverkehr im Bereich Wilhelmshöhe die einzige richtige Entscheidung wäre.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahmen des Straßenbauamts sowie der Regierung von Unterfranken, dass der Kreisverkehr in diesem Bereich nicht genehmigt werden konnte.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- G. Straßenführung Alte Mainbrücke

Die FW bittet die Straßenführung der Alten Mainbrücke an der Stadtseite zu überprüfen.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass dies im Rahmen des Verwaltungs- und Bauausschuss behandelt werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- H. Die FW bittet die Gestaltungssatzung zu überarbeiten.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass dies in einer Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses behandelt werde.

- I. Lärmschutzwand Bahnstrecke Sickershausen

Die FW fragt hinsichtlich der Lärmschutzwand an der Bahnstrecke Sickershausen nach dem Zeitplan, dem Baubeginn sowie ob die Bahn die Kosten vollständig übernehme.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, die Umsetzung in der zweiten Jahreshälfte 2008 erfolge.

Hinsichtlich der Kostenübernahmen erklärt Berufsmäßiger Stadtrat Groß, dass der aktive Lärmschutz zu 100 % von der Bahn übernommen werde. Der passive Lärmschutz (Lärmschutzfenster) werden zu 75 % von der Bahn und zu 25 % von den Anliegern übernommen.

Er erklärt, dass die Anlieger, die einen passiven Lärmschutz bekommen werden, bekannt seien und auch schon Gespräche geführt wurden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

M. Erschließung von Baugebieten

Die FW wiederholt den Antrag, das städtische Grundstück an der Michelfelder Straße „baureif“ zu erschließen.

Die SPD bittet ein Neubaugebiet am Wasen zu erschließen und hierfür die Mittel im Haushalt 2008 bereit zu stellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass man sich zunächst im Stadtentwicklungsbeirat Gedenken machen sollte, ob man an diesen Stellen neue Baugebiete schaffen sollte. Die Umsetzung könnte gegebenenfalls über eine Ortsabrundungssatzung erfolgen. Oberbürgermeister Moser ergänzt, dass hierfür im Haushalt 2008 noch keine Mittel eingestellt werden können, nachdem Stadtrat hierfür zunächst die Beschlüsse fassen müsse.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Gleichwohl bitten Stadträtin Sagol und Stadträtin Wallrapp diese Angelegenheit zu forcieren.

N. Nutzung des Feuerwehrhauses Repperndorf durch die Burschenschaft

Die FW verweist auf den Antrag der Burschenschaft Repperndorf, das alte Feuerwehrhaus Repperndorf nach Errichtung des Neubaus zu nutzen.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme vom 11.02.2008, wonach man dem positiv gegenüberstehe und im Falle einer Vermarktung des Gebäudes, der Burschenschaft sowie der AWO bei der Quartiersuche behilflich zur Seite stehe.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

O. Die UsW bittet um Ermittlung der Kosten für die Instandsetzung der Straße Sickershausen/Hohenfeld.

Stadträtin Stocker erklärt, dass diese Straße dringend sanierungsbedürftig sei und bittet es schnellstens umzusetzen.

Dipl. – Ing. Richter bestätigt den Zustand der Straße und gibt Recht, dass man diese mit an oberster Stelle sanieren müsse.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass gleichwohl die Liste im Stadtrat zu behandeln sei und anschließend anhand der Priorität die Mittel in den Haushalt für die verschiedenen Maßnahmen eingestellt werden müssen.

Hiermit besteht Einverständnis. Es werden keine Mittel eingestellt.

- P. Die UsW bittet die beschlossenen Energiestandards im Zusammenhang mit der Sanierung der D. Paul-Eber-Schule künftig bei allen städtischen Bauvorhaben anzuwenden.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass dies je nach Bauvorhaben vom Stadtrat entsprechend beschlossen werden müsse.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- Q. Die UsW bittet auf städtischen Dachflächen Photovoltaikanlagen zu errichten.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass dies im Einzelfall durch den Stadtrat beschlossen werden müsse.

Hiermit besteht Einverständnis.

4. Anträgen und Anregungen der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2008

- A. 2112.5420/2112.5441 – Heizungs- und Stromkosten Grundschule Siedlung
2122.5420/2122.5441 – Heizungs- und Stromkosten Hauptschule Siedlung

Die ödp möchte die Einführung eines Energiesparmodells

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass die Kosten ab dem Haushaltsjahr 2008 im neu gebildeten Budget „Betriebskosten der städtischen Schulen“ zusammengefasst werden. Darüber hinaus könnte bei entsprechender Beschlussfassung des Stadtrates das Bauamt ein Konzept erarbeiten, so dass das Energiesparmodell im Jahr 2009 umgesetzt werden könne.

Stadträtin Schmidt fragt nach, ob man dies bereits zur Heizperiode 2008 umsetzen könne.

Dipl. – Ing. Rützel erklärt, dass die Umsetzung möglich wäre, man jedoch Zwischenzähler für Heizung und Strom einbauen müsste, wofür Kosten in Höhe von 15.000,00 bis 20.000,00 € entstehen würden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt aufgrund der nötigen Investition, die Aufteilung nur anhand der Quadratmeterzahlen oder der Schülerzahlen vorzunehmen.

Stadträtin Wallrapp erklärt, dass das Schulen im Landkreis es bereits dahingehend vormachen, dass die Schulen in einem 50 : 50 Modell die Hälfte ihrer Kosten, die sie an Energie eingespart haben für die Schule verwenden dürfen und die andere Hälfte dem städtischen Haushalt zu Gute komme. Dies könnte man auch auf alle anderen Schulen sowie Öffentlichen Gebäuden (Bauhof, Feuerwehr) ausweiten.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass man dies dann aus den Budgets herausrechnen müsse, die Verwaltung sich jedoch grundsätzlich nicht dagegen ausspreche.

Nach kurzer Diskussion weist Oberbürgermeister Moser darauf hin, dass man es bereits für die Heizperiode 2008 vorbereite. Dies werde man nur für die Siedlungsschule vorbereiten. Das Bauamt werde prüfen, inwieweit dies auch für die weiteren Öffentlichen Gebäude umgesetzt werden könne.

Hiermit besteht Einverständnis.

B. 2431.5010 – Gebäudeunterhalt Friedrich-Bernbeck-Schule

Die FW bittet um Dringende Sanierung der Friedrich-Bernbeck-Schule sowie um Planung des „Nötigsten“.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass man nach der Schulbegehung zusätzlich 6.000,00 € für den Gebäudeunterhalt bereit gestellt habe.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

C. Auflistung, Abgleich und Aktualisierung der Konzepte/Gutachten

Die UsW fordert eine Auflistung/Abgleich/Aktualisierung der Konzept und Gutachten der Stadt Kitzingen sowie eine Gesamtverkehrsbetrachtung der Innenstadt.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass dies dem Gremium vorgelegt werde.

D. Personal Stadtbauamt (Bauordnung)

Die UsW bittet wegen der Erleichterung des Prüfungsumfangs aufgrund der Novellierung der Bayerischen Bauordnung sowie der zurückgegangenen Bautätigkeit die freigewordenen Kapazitäten in der Bauordnung der Stadtentwicklung zu zuordnen.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass keine freien Kapazitäten gesehen werden und dies im Personalausschuss diskutiert werden müsste.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

E. Die UsW bittet die Gestaltungssatzung sowie die Werbeanlagensatzung zu überarbeiten und an die zeitlichen Erfordernisse anzupassen.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass dies in einer der nächsten Verwaltungs- und Bauausschusssitzung erfolgen sollte.

Hiermit besteht Einverständnis.

F. Die UsW bittet die Bauverwaltung insoweit zu straffen, dass die Erteilung von Baugenehmigungsbescheiden und Bescheinigungen im Freistellungsverfahren künftig zeitnah erfolgen, da gegenwärtig die Wartefristen für die Bürger unzumutbar seien.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass hierüber das Stadtbauamt in einer der nächsten Verwaltungs- und Bauausschusssitzungen berichten werde.

Hiermit besteht Einverständnis.

5. 28. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kitzingen für den Bereich Sondergebiet Solar- und Windkraftanlage Steinhügel / Kalpertsbrunn

Mit 15 : 3 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Auflagen des Genehmigungsbescheides der Regierung von Unterfranken, Würzburg vom 28.01.2008 (als Anlage dieser Sitzungsvorlage beigelegt) werden anerkannt.

6. Budget des Städtischen Museums Kitzingen

- A. Oberamtsrat Hartner geht auf die Sitzungsvorlage ein und stellt dar, dass in heutiger Sitzung lediglich die Budgetsumme festgelegt werde und die weiteren Punkte (Öffnungszeiten, Wochenende, Eintritt usw.) in einer Sitzung des Stadtrates behandelt werden sollten.

Hinsichtlich des Wochenenddienstes müsste jedoch eine Regelung gefunden werden, nachdem Prof. Arnold mit Ende Februar die Wochenendaufsicht nicht mehr übernehme. Die Mitarbeiterinnen des Museum würden durch Mehrarbeit zwei Wochenenden im Februar abdecken. Für die weiteren Wochenenden müsse man überlegen, ob eine Aufsichtskraft (Kosten 4.000,00 €) eingestellt werde oder bei den Öffnungszeiten eine Änderung vorgenommen werde.

Stadträtin Schmidt stellt fest, dass sich Prof. Arnold als Vorsitzender der Freunde und Förderer des Städtischen Museums aus der Wochenendaufsicht zurückgezogen habe und fragt nach, ob hinsichtlich der Aufsicht mit den übrigen Mitgliedern gesprochen wurde, da ihrer Auffassung nach hierbei eine Bereitschaft vorhanden wäre.

Sie schlägt vor, diesbezüglich auf alle Mitglieder des Museumsvereins zuzugehen, ob sie bereit wären die Aufsicht ehrenamtlich mit einer Entschädigung zu übernehmen.

Die Stadträte unterstützen den Vorschlag und bitten die Verwaltung diesbezüglich auf die Mitglieder des Museumsvereins zuzugehen.

Oberamtsrat Hartner sagt dies zu.

B. **Mit 18 : 0 Stimmen**

Das Budget des Städtischen Museums (UA 3200) für das Jahr 2008 wird auf 127.745 Euro festgesetzt.

7. Anfrage von Stadträtin Wallrapp

Aktion zur Sauberhaltung der Stadt „Ach du Scheiße“

Stadträtin Wallrapp stellt fest, dass die Aktion „Ach du Scheiße“ zur Sauberhaltung der Stadt mit 25 Plakaten und Kosten von insgesamt 6.000,00 € zu keinerlei Erfolg geführt habe. Ihrer Auffassung könnte man durch eine „Gelbe Karte“, wie sie dies bereits im Jahr 2007 vorgeschlagen habe, deutlich mehr erreicht werden.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass die Aktion „Ach du Scheiße“ ein Versuch war die Bürger zu sensibilisieren. Darüber hinaus werde gegenwärtig versucht, satzungsmäßig die Sauberkeit in der Stadt in den Griff zu bekommen. Eine Gelbe Karte erachte er nicht als sinnvoll.

8. Anfrage von Stadträtin Schmidt

Nichtöffentliche Behandlung weiteres Vorgehen Flugplatz

Stadträtin Schmidt fragt nach, weshalb das weitere Vorgehen Flugplatz in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werde, nachdem dieses Thema breit in der Öffentlichkeit diskutiert werde.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass es sich hierbei auch um Vertragsangelegenheiten gehe, die nichtöffentlich behandelt werden müssten.

Sobald die nichtöffentlichen Gründe weggefallen seien, werde man es Öffentlich bekannt geben.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Moser schließt die nichtöffentliche Sitzung um 20.36 Uhr.

gez.

Oberbürgermeister

gez.

Protokollführer